

Vier gesetzreiche Jahre

Juristisch Um «Bewegte Zeiten» (1914 bis 1926) geht es zur Zeit am Liechtenstein-Institut. Rupert Quaderer sprach im dritten Teil über Gesetzgebung und Volksabstimmungen.

VON BANDI KOECK

Der dritte von insgesamt vier Vorträgen der Reihe trug den Titel «Erfolgsweg: Gesetzgebung und Volksabstimmungen 1922 bis 1926». Dr. Rupert Quaderer, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut, referierte im Mehrzwecksaal des Vereinshauses Gamprin. «Liebe Freundinnen und Freunde der Geschichte, wir fahren heute auf einem anderen Weg fort als letztes Mal!» Mit diesen Worten begrüßte Quaderer die zahlreich erschienenen Gäste.

Eingangs las der Vortragende eine irrwitzige Geschichte über einen Grenzwächter aus Balzers vor, bevor er sich dem etwas trockenen Thema widmete: Mit den Landtagswahlen von 1922 hatte die Christlich-soziale Volkspartei eine klare Mehrheit erungen. Neben Landtagspräsident Wilhelm Beck wirkte Gustav Schädler als Regierungschef. «Die neue Regierung hatte eine Reihe gewichtiger und drängender Probleme anzugehen», so Quaderer. «Es galt über den Zollvertrag mit der Schweiz weiter zu verhandeln, die Währungsfrage zu lösen, die Staatsfinanzen zu sanieren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.»

Unzählige Paragraphen

Das Jahr 1922 war geprägt durch viele neue Gesetze. Der Landtag entfaltete, von der Regierung Gustav Schädlers unterstützt und von Wilhelm Beck und Emil Beck fachlich geführt, eine umfangreiche und ehrgeizige Gesetzgebungstätigkeit in verschiedenen Bereichen. Der Zollabschlussvertrag, der 1923 abgeschlossen wurde, nahm viel Zeit in Anspruch. Ein Jahr später, 1924, wurde nicht nur das Steuergesetz abgeän-



Der Historiker Rupert Quaderer referierte am Dienstag über Jahre, die reich an Gesetzen waren. (Foto: Paul Trummer)

dert, sondern darüber hinaus auch die Frankenwährung eingeführt.

Als wichtigen Grundsatz nannte der Wissenschaftler die Loslösung von Österreich (das bis dahin gültige ABGB wurde ersetzt). Emil und Wilhelm Beck hätten sich vier Jahre lang mit der neuen Gesetzgebung beschäftigt, erklärte Quaderer der Zuhörerschaft. «Der Landtag verzichtete darauf, alle Paragraphen vorzulesen. Er interessierte sich vorrangig für das Genossenschaftsgesetz.» Die Zuhörer erfuhren unter anderem, dass Prinz Eduard 1920 gegen eine Industrialisierung Liechten-

steins war oder von den zwei Volksabstimmungen, die im März 1919 von der Volkspartei initiiert wurden. «Es ging dabei um die Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten und die Herabsetzung des Wahlalters (von 24 auf 21 Jahre)», so der Referent. Zusammenfassend betonte Quaderer, dass in den Jahren 1922 bis 1928 die Weichen für kommende Jahrzehnte der Gesetzgebung gestellt wurden.

Der letzte Vortrag der Reihe mit Rupert Quaderer findet am kommenden Dienstag um 18 Uhr im Mehrzwecksaal des Vereinshauses in Gamprin statt.